

nach den Vorfällen an Silvester seien rund um den Erdball kaum zu bewältigen.

Infoblätter für Jecke und Flüchtlinge

Von Bedrohung, Belästigung, Trickdieben, sicherem Feiern ist seit Wochen die Rede. Infoblätter werden verteilt - für Jecken und auch Flüchtlingen. Der Kölner Karneval ist in dieser Session erklärungsbedürftig geworden. Wolfgang Baldes formuliert es so: *"Wir wagen in diesem Jahr einen Spagat zwischen Sicherheit, Tradition und Feiern."* Karneval gilt als Bewährungsprobe für Stadtspitze und die Polizei, aber auch als Chance, das ramponierte Image wieder aufzubessern. Unter Nonnen, Krankenschwestern, Bienen, Hexen und Piraten werden sich deutlich mehr Beamte mischen als in den Jahren zuvor. Denn klar ist: Nach den Vorfällen an Silvester schaut auch die Weltöffentlichkeit genau hin, wie Stadt, Polizei, Justiz und Festkomitee die Herausforderungen in den kommenden Tagen meistern werden.

Neue Westfälische vom 04.02.2016 , S. 1

CDU sieht Flüchtlings-Chaos in NRW

Vorwurf: Fast 25.000 Menschen nicht nach den gesetzlichen Vorgaben verteilt.

Die Stadt Düsseldorf verhandelt mit dem Land über Lösungen

VON MATTHIAS BUNGEROTH

■ **Bielefeld.** Die CDU-Fraktion im Landtag von NRW wirft Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor, bei der Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen die Übersicht verloren zu haben. Der stellvertretende Fraktionschef André Kuper aus Rietberg kritisiert, 2015 seien „fast 25.000 Flüchtlinge nicht nach den gesetzlichen Vorgaben verteilt“ worden. Hintergrund ist die Verteilungsquote, über die zwischen einigen Großstädten und dem Land NRW gestritten wird. Das Land meint, Großstädte wie Köln oder Düsseldorf hätten bis-

lang zu wenige Menschen aufgenommen. Deshalb sollen 22 Städte nun kurzfristig Tausende Flüchtlinge mehr unterbringen, für alle anderen Gemeinden gilt ein Aufnahme-stopp. Auch viele Kommunen in OWL hatten geltend gemacht, dass sie ihre Flüchtlingsquote bereits übererfüllt hätten.

Die Stadt Düsseldorf wirft dem Land über ihren Sprecher Michael Bergmann massive Falschberechnungen vor: NRW habe 2015 gut 217.000 Flüchtlinge aufgenommen. Zu dieser Zahl sei die Zahl der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes –

knapp 87.000 – aber einfach addiert worden, egal, ob sie belegt gewesen seien oder nicht. So komme man auf 304.000 Menschen – und entsprechend höhere Zahlen für die Städte. Man verhandele mit dem Land über eine Lösung.

Kuper fordert zudem eine Entlastung der Kommunen für rund 35.000 Flüchtlinge, für die bislang keine Pauschale gezahlt worden sei. Es gehe um rund 350 Millionen Euro. „Es kann nicht sein, dass die Kommunen die massiven Fehler des Innenministeriums ausbaden müssen.“ Das Ministerium war zunächst für eine Stellungnahme nicht erreichbar.